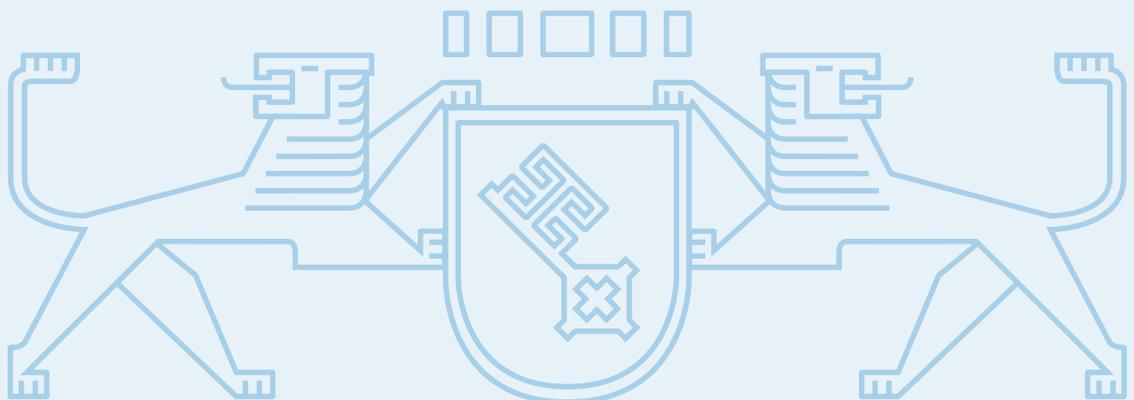




Jugend im Parlament

2018

Resolutionen



INHALT

Grußwort des Präsidenten

Kurzbeschreibung JiP 2018

Ablaufplan

Ausschuss Bildung

Digitalisierung an Schulen

Lehrer*innenmangel im Land Bremen

Ausschuss Gesellschaft/Politik/Staat

Gegenmaßnahmen zum Rechtsradikalismus

Schüler*innen aller Klassen politisiert euch!

Ausschuss Soziales

Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut

Ausschuss Umwelt

Vermeidung von Plastikmüll

Grüne Infrastruktur

VORWORT DES PRÄSIDENTEN DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT



Liebes Jugend-im-Parlament 2018,

das Planspiel „Jugend im Parlament“ ist inzwischen fester Bestandteil unseres Hauses. In diesem Jahr feiern wir die zehnte Auflage. Das ist viel mehr als „Nachwuchsförderung“, das ist ganz nahe dran an der politischen Praxis und politischer Unterricht zum Anfassen.

Ihr werdet hier alles miterleben, was zu einem Landtag dazu gehört: Ihr werdet über Themen debattieren und streiten, Ihr werdet unterschiedliche politische Vorstellungen haben, Ihr werdet Anträge einbringen, Reden halten und versuchen, Eure Mitschüler zu überzeugen.

Das ist das Herzstück der Demokratie. In vielen Ländern und für viele Menschen ist das heute längst nicht mehr selbstverständlich. Deshalb ist es so wichtig, dass Ihr eine Woche lang unsere parlamentarische Demokratie *erlebt*, dass Ihr Meinungsfreiheit und Menschenrechte schätzen lernt – in der Zukunft dafür eintretet.

Die Demokratie braucht ein interessiertes, ein denkendes, ein engagiertes Volk. Dieses Volk – das werden in Zukunft Ihr sein. Es ist eure Zukunft! Deshalb bin ich froh und zuversichtlich, dass Ihr an Jugend im Parlament so engagiert und interessiert teilnehmt.

Dafür danke ich Euch und wünsche Euch erkenntnisreiche Tage bei uns im Haus der Bürgerschaft.

Christian Weber

JUGEND IM PARLAMENT 2018

Die Bremische Bürgerschaft führt seit dem Jahr 2000 alle zwei Jahre das Planspiel „Jugend im Parlament“ durch. Dies ist die zehnte Veranstaltung dieser Reihe, die sich von Mal zu Mal weiterentwickelt. Auch in diesem Jahr gibt es wieder einige Neuerungen: Das Rhetorik-Coaching mit Tomma Hangen, den Rathausbesuch und am Abschlussabend den Markt der Demokratie-Möglichkeiten.

Ziel ist es, am Ende der Woche von den Teilnehmenden erarbeitete Resolutionen zu weitgehend selbstgewählten Themen an die Vertreterinnen und Vertreter der Bremer Politik zu übergeben. In den vergangenen Jahren sind auf diese Weise schon einige Themen von den Fraktionen aufgegriffen und weiterverfolgt worden.

Die Resolutionen werden in vier thematisch aufgeteilten Ausschüssen erarbeitet, von vier Kommissionen auf bestimmte Schwerpunkte hin geprüft, mit Empfehlungen versehen und schließlich im Plenum von allen Teilnehmenden diskutiert und im Optimalfall beschlossen. Dabei werden die Programmteile im Plenarsaal von Radio WeserTV live übertragen und stehen später als Video online zur Verfügung.

Aufgelockert wird die Arbeit durch Diskussionen in zwei Aktuellen Stunden. In allen Gremien stehen junge Helferinnen und Helfer zur Unterstützung und Begleitung bereit. Auch für das leibliche Wohl ist durchgehend gesorgt; die Knasteria beliefert uns mit frisch gekochtem Mittagessen und Gebäck für den Nachmittag.

Am Finaltag, am Freitag, den 16. November, werden die Resultate im Rahmen einer Plenarveranstaltung den Größen der Bremer Politik öffentlich präsentiert. Zum geselligen Ausklang mit Teilnehmenden, Eltern, Mitschülern, Unterstützern sowie Politikerinnen und Politikern wird es bei einem Snack-Buffer Gelegenheit zum Austausch und Abschied nach einer ereignisreichen Woche geben.

ABLAUF

Wann	Was	Wo
Montag, 12.11.		
08:30	Ankunft und Anmeldung	Foyer
<u>09:30</u>	<u>Offizielle Eröffnung durch Bürgerschaftspräsident Christian Weber (o. V.)</u>	<u>Plenarsaal</u>
09:45	Informationen zum Ablauf	Plenarsaal
10:30	Führung durch das Haus in Ausschuss-Zusammensetzung	HdB
11:00	Kennenlernen und Konstituierung der Ausschüsse, Wahlen	Sitzungsräume
12:30	Mittagessen	Raum 2
13:30	Ausschuss-Sitzungen: Einteilung der Kommissionen, Festlegung der Resolutionsthemen, ggfs. Bildung von Unterausschüssen, Themenfindung für die Aktuelle Stunde	Sitzungsräume
<u>16:00</u>	<u>Plenum: Wahl des Präsidiums, Festlegung der Themen für die Aktuellen Stunden</u>	<u>Plenarsaal</u>
17:00	Rhetorik-Coaching (ca. 1 Stunde – freiwillig)	Plenarsaal
Dienstag, 13.11		
08:30	Ankommen (mit JiP-News und warmen Getränken)	Mittelhalle
09:00	Ausschuss-Sitzungen: Resolutionen erarbeiten	Sitzungsräume
10:00	Rathausführung	Rathaus
11:00	Ausschuss-Sitzungen: Experten-Input und Fragemöglichkeiten	Sitzungsräume
12:30	Mittagessen	Raum 2
13:30	Ausschuss-Sitzungen: Ausformulierung der Resolutionen	Sitzungsräume
16:45	Abgabe der Resolutionsentwürfe	Orga-Büro
17:00	Ende	
Mittwoch, 14.11		
08:30	Ankommen (mit JiP-News und warmen Getränken)	Mittelhalle
09:00	Kommissions-Sitzungen: Einsichtnahme in Resolutionsentwürfe	Sitzungsräume
10:00	Kommissions-Sitzungen: Experten-Input und Fragemöglichkeiten	Sitzungsräume
11:30	Kommissions-Sitzungen: Änderungs- /Ergänzungsempfehlungen an die Ausschüsse	Sitzungsräume
12:30	Mittagessen	Raum 2

Fortsetzung auf Folgeseite

13:30	<u>Aktuelle Stunde</u>	<u>Plenarsaal</u>
14:30	Ausschuss-Sitzungen: Finalisierung der Resolutionen	Sitzungsräume
16:45	Abgabe der finalen Resolutionsentwürfe	Orga-Büro
17:00	Ende	

Donnerstag, 15.11

08:30	Ankommen (mit JiP-News und warmen Getränken)	Mittelhalle
09:00	Ausschuss-Sitzungen: Vorbereitung der Plenarsitzung	Sitzungsräume
10:30	<u>Debatte über die Resolutionen und Beschlüsse (2 x 1 Std.)</u>	<u>Plenarsaal</u>
12:30	Mittagessen	Raum 2
13:30	<u>Aktuelle Stunde</u>	<u>Plenarsaal</u>
14:30	<u>Debatte über die Resolutionen und Beschlüsse (2 x 1 Std.)</u>	<u>Plenarsaal</u>
16:30	<u>Übergabe der Resolutionen an den Bürgerschaftspräsidenten</u>	<u>Plenarsaal</u>
17:00	Ende	

Freitag, 16.11

14:00	Ausschuss-Sitzungen: u. a. Organisatorisches	Sitzungsräume
14:30	Pressekonferenz	BhA, 301 A
16:00	<u>Diskussion mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern über die Resolutionen von JiP 2018</u>	<u>Plenarsaal</u>
18:00	Markt der Demokratie-Möglichkeiten, Ausklang mit geselligem Beisammensein und Snacks (ca. 2 Stunden)	Festsaal

Die unterstrichenen Programmbestandteile werden von Radio WeserTV entweder aufgezeichnet und später gesendet oder direkt live übertragen. Sie können nach der JiP-Woche online auf dem Video-Kanal vimeo (<https://vimeo.com/buergerschaft>) dauerhaft abgerufen werden.

Digitalisierung an Schulen

Forderung:

1. Jugend im Parlament fordert ein fachliche Arbeit und Auseinandersetzung mit einem mit „itslearning“ vergleichbaren Onlineportal, in staatlicher Hand, ab der Sekundarstufe 1.
2. Jugend im Parlament fordert allgemeine Digitalisierung und Sanierungen, zum Beispiel einen ausreichenden WLAN-Zugang sowie Smartboards, an Schulen ab der Sekundarstufe 1. Außerdem fordert Jugend im Parlament, dass mögliche Lizenzen für bisher analog genutzte Lehrbücher in einer digitalen Version erworben werden sollen.
3. Jugend im Parlament fordert die Ersetzung analoger Lehrmaterialien durch digitale Alternativen, wie beispielsweise eine konstante Nutzung von Tablets ab den letzten beiden Jahren der Sekundarstufe 1.
4. Jugend im Parlament fordert Fort- bzw. Weiterbildungen zum Thema Digitalisierung für amtierende Lehrkräfte und Studierende.

Problem:

Es herrscht im Bundesland Bremen ein signifikanter digitaler Rückstand, sowohl in den Bereichen der Hardware, als auch in der dazugehörigen Ausbildung der Lehrkräfte. Außerdem mangelt es an realistisch praktizierbaren Möglichkeiten um bereits entfallenden Unterricht zu kompensieren, obwohl die effizienten digitalen Medien mittlerweile zum Alltag gehören.

Resolution:

1. Um den zuvor genannten Rückstand entgegen zu wirken, fordert Jugend im Parlament die unmittelbar einzusetzende und durchzuführende Integration von Tablets oder Laptops in den Unterricht ab den letzten beiden Jahren der Sekundarstufe 1. Dabei sollte die Entscheidungsmöglichkeit bei den Schüler*innen beziehungsweise Eltern, zwischen einem selber zu finanzierenden Kauf und einer Ausleihe gegen eine niedrige Gebühr, bestehen. Außerdem sollte die Möglichkeit existieren in eine Massenversicherung einzuzahlen für

Eigen- & Fremdverschuldung. Die Kosten für Inhaber*innen des Bremen Passes werden vom Land Bremen übernommen.

2. Jugend im Parlament fordert die verpflichtende Einrichtung eines Accounts auf einer mit „itslearning“ vergleichbaren Plattform in staatlicher Hand ab der Sekundarstufe 1 für jede*n Schüler*in und jede amtierende Lehrkraft, um den Unterrichtsentfall mithilfe der Plattform auszugleichen, indem die abwesenden Lehrkräfte das vorgesehene Unterrichtsmaterial auf der Plattform hochladen. Somit würden die Unterrichtsstunden zwar ausfallen aber der Unterrichtsstoff nicht verfallen. Um dies zu ermöglichen fordert Jugend im Parlament die Einrichtung einer staatlichen Online- Plattform, die ähnliche Funktionen wie „itslearning“ aufweist.
3. Jugend im Parlament fordert, dass das Parlament dafür sorgt, dass die DSGVO eingehalten wird, oder dass Bremen eine eigene Webseite nach dem Vorbild von „itslearning“ aufbaut.
4. Um den Unterricht effizienter zu gestalten, fordert Jugend im Parlament eine Sanierung von Schulen, in der die Integration von Smartboards und WLAN-Zugängen eingebracht ist.
5. Jugend im Parlament fordert eine sich ständig regenerierende und aktualisierende Fort- und Weiterbildung der amtierenden und für die Digitalisierung relevanten Lehrkräfte für den ordnungsgemäßen Umgang mit digitalen Medien.
6. Hinzukommend wird von Jugend im Parlament gefordert, dass im Studium für zukünftige Lehrkräfte eine Ausbildung elementarer Grundkenntnisse mit dem Umgang von digitalen Medien in das Studium mit eingebracht wird.
7. Außerdem fordert Jugend im Parlament eine*n externe*n Digitalbeauftragte*n mit entsprechender Fachkompetenz. Diese*r sollte innerhalb der Schulzeit anwesend sein, um Hilfestellungen und Sanierungen an digitalen Lehrmitteln gewährleisten zu können. Solch ein*e Digitalbeauftragte*r sollte aufgrund der Finanzierung aus einer externen Firma angestellt werden.
8. Abschließend fordert Jugend im Parlament an den Senat eine Kostenfolgenabschätzung innerhalb von drei Monaten.

Ausschuss Bildung



Dies sind unsere Lösungsmaßnahmen für das Einbringen der digitalen Lehrmittel an Schulen, sowohl an staatlichen, als auch an privaten, um die Motivation der Schüler*innen zu steigern und den Bildungsstandards der heutigen Zeit gerecht zu werden.

Lehrer*innenmangel im Land Bremen

Forderung:

1. Jugend im Parlament 2018 fordert den Lehrer*innenberuf finanziell attraktiver zu gestalten.
2. Jugend im Parlament 2018 fordert des Weiteren eine bessere Ausbildung für Seiteneinsteiger*innen und Referendare/Referendarinnen.
3. Außerdem fordert Jugend im Parlament 2018 eine härtere Haltung Bremens bezüglich des Kooperationsverbotes.

Problem:

Im Land Bremen besteht das schulübergreifende Problem des Lehrer*innenmangels. Wir empfinden diesen Zustand als nicht hinnehmbar, da dadurch die Qualität unserer schulischen Ausbildung eingeschränkt wird. Diese Einschränkungen äußern sich zum Beispiel in Unterrichtsentfall und nicht adäquat ausgebildeten Lehrkräften wie Seiteneinsteigenden und studentischen Hilfskräften (z. B. Stadtteilschule e. V.).

Resolution:

1. Um den Lehrer*innenberuf attraktiver zu gestalten, fordert Jugend im Parlament 2018, die Besoldung der Lehrer*innen über den Bundesschnitt anzuheben. Damit soll der wachsenden Nachfrage nach Lehrern*innen begegnet werden. Dies ist deshalb nötig, weil in der freien Wirtschaft deutlich höhere Gehälter gezahlt werden und der Lehrberuf wettbewerbsfähig sein muss. Des weiteren muss Bremen auch im Vergleich mit anderen Bundesländern in Bezug auf die Besoldung wettbewerbsfähig sein.
2. Jugend im Parlament 2018 fordert, das Lehramtsstudium im Land Bremen attraktiver zu gestalten, indem die Studierenden die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung im Studium erhalten. Im Gegenzug verpflichten sich die Studierenden daraufhin, drei Jahre nach Abschluss des Referendariats im Land Bremen als Lehrer*innen tätig zu sein.

Ausschuss Bildung



3. Die Ausbildung der Seiteneinsteiger*innen und Refrendare/Referendarinnen sollte einen größeren Praxisanteil beinhalten, um mehr Erfahrungen sammeln zu können.
4. Jugend im Parlament 2018 fordert, dass Seiteneinsteiger*innen und Referendare/Referendarinnen während ihrer Praxisarbeit häufiger geprüft werden und auch von den Schülern*innen Rückmeldungen erhalten. Diese Überprüfungen würden dazu beitragen, die Qualität des Unterrichts an Bremer Schulen sicherzustellen.
5. Um die oben genannten Punkte finanziell realisieren zu können, fordert Jugend im Parlament 2018 einen höheren Bildungshaushalt der dem Land Bremen zur Verfügung gestellt wird.
6. Außerdem fordert Jugend im Parlament 2018 ein entschiedeneres Eintreten Bremens gegen das Kooperationsverbot. Von der Abschaffung des Kooperationsverbotes erhofft sich der Bildungsausschuss von Jugend im Parlament 2018 weitere Finanzierungsmöglichkeiten für das Land Bremen.

Gegenmaßnahmen zum Rechtsradikalismus

Forderung:

1. Jugend im Parlament fordert, dass das Land Bremen effektive Maßnahmen gegen die Ursachen des Rechtsrucks ins Leben ruft: Das Land Bremen soll verbesserte integrative Maßnahmen für Geflüchtete und Migrant*innen durchführen.
2. Jugend im Parlament fordert, dass die Mittel für soziale Arbeit erhöht werden.

Problem:

Der Rechtsruck, also die Stärkung des Einflusses rechtsorientierter Parteien, ist in Deutschland wie auch in Bremen zurzeit allgegenwärtig. Eine teils rechtsradikale Partei sitzt derzeit als Oppositionsführung im Deutschen Bundestag. Diese Entwicklungen sind im historischen Kontext gesehen gefahrenbelastet. Sie können in der allgemeinen Gesellschaft zu Diskriminierung aller Art, Spaltungen, Gewalt o.ä. führen.

Gründe können unter anderem das Gefühl sein, von der Gesellschaft bzw. in der eigenen Armut im Stich gelassen zu sein.

Die genannten Probleme können nur durch Bekämpfung der Ursachen gelöst werden.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert, dass an Schulen bessere politische Bildung an den Tag gelegt wird, die die Gefahren von Radikalismus aufzeigt.
2. Jugend im Parlament fordert eine schnellstmögliche Integration von Geflüchteten an Schulen. Diese sollen nahezu direkt, nicht erst nach ein bis zwei Jahren, parallel in Vor- und Regelklassen unterrichtet werden. Dieser Prozess soll dynamisch ablaufen, also zunächst in Fächern, die weniger Deutschkenntnisse voraussetzen, wie z.B. in musische Fächer oder Sport und nach und nach auch andere Fächer miteinschließen.
3. Jugend im Parlament fordert, dass Bremen sich klar gegen Diskriminierungen von Bewerber*innen einsetzt und anonymisierte Bewerbungen fördert. Außerdem soll das Land Bremen sämtliche Bewerbungen für den öffentlichen Dienst verpflichtend

anonymisiert einfordern. Anonymisiert bedeutet in diesem Kontext, dass weder Name, Nationalität, Adresse, Geschlecht noch Foto in die Bewerbung mitaufgenommen werden.

4. Jugend im Parlament fordert, dass der Bremen-Pass (ehemalige Blaue Karte) nahezu alle entgeltlichen schulischen Ausgaben abdeckt. Dies beinhaltet innerhalb von zwei Jahren Klassen- bzw. Kursfahrten mit einem Budget von zusammen maximal 600€, monatlich maximal eine Exkursion und ein tägliches ausgewogenes Mittagessen. Außerdem soll die Schule auch Lehrmaterialien wie Stifte, Schreibpapier und Taschenrechner den Schüler*innen mit dem Bremen-Pass kostenfrei zur Verfügung stellen. Diese Maßnahme soll Leute mit wenigen finanziellen Mitteln davor schützen, ausgeschlossen zu werden.
5. Jugend im Parlament bittet den Senat, die folgenden Kosten von den Veränderungen des Bremen-Passes zu ermitteln.
6. Jugend im Parlament fordert, dass Sozialarbeit attraktiver gestaltet wird. Um eine finanzielle Absicherung zu gewährleisten, erhalten alle pädagogischen Berufe (im öffentlichen Dienst) im gesetzlichen Rahmen die Chance, verbeamtet zu werden. Außerdem fordert Jugend im Parlament eine deutliche Erhöhung des Kindergelds für Teilnehmer*innen eines Freiwilligendienstes, die jünger als 21 Jahre alt sind.

Jugend im Parlament ist davon überzeugt, dass diese Lösungsmaßnahmen erste Ansätze zur Bekämpfung von Ursachen des Rechtsrucks darstellen und hofft, dass sie von der Bremischen Bürgerschaft in Betracht gezogen sowie durchgeführt werden.

Schüler*innen aller Klassen politisiert euch!

Forderung:

1. Jugend im Parlament verlangt die Förderung eines nachhaltigen politischen Interesses bei jungen Menschen durch die Schule, um eine freie Meinungsbildung zu gewährleisten.
2. Dies soll durch einen einmal pro Halbjahr stattfindenden Workshop-Tag bewerkstelligt werden. Diese interaktiven Workshops finden mit Beginn der Sekundarstufe 1 bis zum Ende der Schullaufbahn an allen Schulen im Bundesland Bremen statt. Die Workshops sind an allen allgemeinbildenden sowie Berufsschulen verpflichtend.

Problem:

1. In den letzten Jahren lässt sich ein zunehmendes Desinteresse bei jungen Menschen bezüglich der Politik feststellen. Bei der letzten Wahl zur Bremischen Bürgerschaft wurde mit 49% Nichtwählenden ein neuer Tiefstand bezüglich der Wahlbeteiligung verzeichnet. Vor allem junge Wahlberechtigte machen immer weniger Gebrauch von ihrem Wahlrecht. Auch abseits von diesem Wahllakt sinkt die politische Aktivität bei jungen Menschen.
2. Nur noch wenige von ihnen sind politisch motiviert und engagiert und so leichter zugänglich für populistische Inhalte.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert, dass vor allem in der Zeit zwischen der fünften und der siebten Klasse der Schwerpunkt auf bestimmten Themen liegt. So sollen die jungen Schüler*innen spielerisch an die Grundsätze der Demokratie herangeführt werden. Des Weiteren sollen Schüler*innen durch systematische Beleuchtung anderer Herrschafts- und Regierungsformen an diese herangeführt werden.
2. Ab der achten Klasse soll der Fokus vermehrt auf dem parteipolitischen System liegen. Es sollen Vertreter*innen aller in fraktionsstärke in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zu gleichen Teilen eingeladen werden, so dass sich die Schüler*innen kritisch mit ihnen auseinandersetzen können. Eine Möglichkeit diesen Diskurs umzusetzen, könnte in Form einer Podiumsdiskussion stattfinden, indem die Schüler*innen die Möglichkeit haben sich durch direkte Fragen an die Politiker*innen zu wenden.

Ausschuss Gesellschaft/Politik/Staat



3. Die Schüler*innen sollen durch eine möglichst große Diversität an Workshops und Meinungen die Möglichkeit zu einer freien Meinungsbildung bekommen. Die Auswahl der zusätzlichen Gruppierungen und/oder Experten*innen wird von der Schulleitung und der Schüler*innenvertretung bestimmt.
4. Jedoch muss darauf geachtet werden, dass die Workshops vorsätzlich als Informationsquelle für die Schüler*innen dienen und nicht als Werbeveranstaltung fungieren.
5. Die bereits existierenden Juniorwahlen bringen den Schüler*innen den Vorgang des Wählens näher und machen ihn verständlicher. Deswegen fordert Jugend im Parlament, dass jede Schule den Schüler*innen ab der Sek.1 die Möglichkeit für die Teilnahme ermöglicht.

Durch die hiermit genannten Forderungen sollen die Schüler*innen im Unterricht und während der Workshops ermutigt und angehalten werden, sich außerhalb der Schule für die Politik zu engagieren.

Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut

Forderungen:

1. Jugend im Parlament fordert eine tatsächliche Lernmittelfreiheit im Land Bremen.
2. Jugend im Parlament fordert eine Ausweitung des Bremen Passes auf Bremerhaven.
3. Jugend im Parlament fordert eine Erweiterung des Programms für die Bezuschussung des Führerscheins für Einkommensschwache.
4. Jugend im Parlament fordert eine Abschaffung der Zuverdienstgrenze.
5. Jugend im Parlament fordert eine signifikante Erhöhung des Mindestlohns.

Problem:

Im Bundesland Bremen sind ca. 9,5 % der Bevölkerung arbeitslos. Das hat zur Folge, dass mittlerweile jedes dritte Kind von Armut betroffen ist. Mit 65,3% sind besonders Alleinerziehende und ihre Kinder armutsgefährdet.

Da sich Armut über Generationen vererbt, ist es besonders wichtig gegen die Kinderarmut im Land Bremen vorzugehen. Wenn Kinder/Jugendliche aus der Armutsspirale heraus kommen, haben auch ihre Nachfahren Chancen für eine bessere Zukunft und Bildung. Wenn wir bei der Kinderarmut ansetzen, können wir auch die allgemeine Armut bekämpfen. Daher müssen alle Kinder, unabhängig vom Elternhaus, die gleichen Voraussetzungen haben.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert, Chancengleichheit zu gewährleisten. Dafür braucht es eine tatsächliche Lernmittelfreiheit: Allen Schüler*innen werden alle benötigten Materialien wie Schreibblöcke, Arbeitshefte, Mappen, Ordner, Stifte, Taschenrechner usw. in normalen Mengen als Grundbedarf über das ganze Jahr zur Verfügung gestellt.
2. Jugend im Parlament fordert insbesondere von der Stadtverordnetenvertretung Bremerhaven, den Unterschieden zwischen Bremen und Bremerhaven entgegenzuwirken: Dazu soll der Bremen Pass für alle Berechtigten auch auf Bremerhaven ausgeweitet werden. Es muss die Aufgabe der Schulen sein, die Eltern auf diese Angebote aufmerksam zu machen.
3. Jugend im Parlament fordert, dass der Führerschein staatlich bezuschusst werden kann. Das gilt für Inhaber*innen des Bremen Passes oder Personen, denen die Finanzierung aus

eigenen und elterlichen Mitteln nicht möglich ist. Beides gilt bis zu einem Alter von 25 Jahren. Zudem sollen Unternehmen, die einen Führerschein voraussetzen, dazu ermutigt werden, den Führerschein zu bezuschussen. In diesem Fall haben die Beschäftigten keinen Anspruch auf Zuschuss vom Staat. Ein Modell für diesen Zweck existiert bereits, reicht unserer Einschätzung nach aber nicht aus.

4. Jugend im Parlament fordert vom Bremer Senat eine Bundesratsinitiative einzubringen, um die Zuverdienstgrenze für Jugendliche abzuschaffen. Jugendliche sollen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern einen Job auf 450€ Basis ausüben können, damit Gerechtigkeit und Chancengleichheit gewährleistet werden kann.
5. Jugend im Parlament fordert eine signifikante Erhöhung des Mindestlohns. Die bisher geplanten Erhöhungen reichen nicht aus, weswegen wir eine Bundesratsinitiative vom Bremer Senat fordern, mit der eine Erhöhung erreicht werden kann. Die Ursache für Kinderarmut ist die Armut der Eltern. Eine Stärkung der Eltern ist damit auch eine Stärkung der Kinder und der folgenden Generationen.
6. Finanzierungsvorschläge:
Wenn der Mindestlohn angehoben wird, fielen einige sog. „Aufstocker“¹, die Hartz IV beziehen weg. Außerdem wird das Arbeiten auf Mindestlohnbasis attraktiver, da man im Vergleich zu Hartz IV deutlich mehr Geld zur Verfügung hat. So gehen mehr Personen arbeiten und weniger Personen beziehen Hartz IV. Der Staat würde Geld einsparen, was wiederum in die geforderten Projekte investiert werden soll.
Zudem soll ein geringfügiger Betrag für Bildung aus dem Kindergeld gestrichen werden, um von diesem Betrag die Lernmittel in der Schule kostenlos zur Verfügung zu stellen. Auch hierzu ist eine Bundesratsinitiative vom Senat notwendig.
Junge Erwachsene haben eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt, wenn sie einen Führerschein besitzen. Dadurch werden Sozialleistungen eingespart und der Staat hat Mehreinnahmen durch mehr Steuern von Arbeitnehmer*innen.

¹ „Aufstocker“ sind Personen, die zu ihrem Gehalt Zuschüsse vom Arbeitsamt erhalten, da ihr reguläres Gehalt unter dem Hartz IV Regelsatz liegt.

Vermeidung von Plastikmüll

Forderung:

1. Reduktion und Aufklärung von Plastik in unserer Gesellschaft
2. Alternative Verpackungsmaterialien und vereinfachtes Recycling
3. Reduktion von Einwegpfandflaschen, Mikroplastik und Verpackungsplastik

Problem:

Der Einsatz von Plastik ist heutzutage allgegenwärtig, beginnend im Supermarkt bis hin zu unserer Kosmetik. Nach dem ersten Nutzen wird das Material in seine Bestandteile zersetzt, wie z.B. in Mikroplastik. An dieses setzen sich Giftstoffe, die schädlich für Mensch, Tiere und andere Lebewesen sind. Nur ein sehr geringer Anteil des Plastiks wird wiederverwendet. Somit gelangt ein großer Teil in unsere Umwelt, darunter leiden die Weltmeere, Wälder und unzählige Lebewesen.

Diese Situationen sind Beispiele für die Umweltverschmutzung, die Plastik verursacht.

Heutzutage sind viel zu wenig Menschen über diese Problematiken informiert.

Durch eine Vielzahl von verschiedenen Kunststoffen ist der Recyclingvorgang extrem aufwendig und schwierig durchzuführen.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert, dass Wasser-Auffüllstationen in öffentlichen Einrichtungen, Restaurants, Bars und Hotels im Stadtgebiet Bremen und Bremerhaven eingerichtet werden. Diese sollen mit einem Förderprogramm einhergehen, welches eine Trinkwasserausgabe unterstützt.
2. Jugend im Parlament fordert die Errichtung öffentlicher Mülleimer, die eine Mülltrennung ermöglichen.
3. * Jugend im Parlament fordert eine Plastiksteuer, die alternative Verpackungsmaterialien wettbewerbsfähig macht.

4. * Jugend im Parlament fordert eine allgemein gültige Einigung auf eine geringe Anzahl an Kunststoffen in der Verpackung. Die Unternehmen müssen sich auf einen verbesserten Weg des Recyclings einigen.
5. * Jugend im Parlament fordert ein Verbot der Nutzung und Verarbeitung von Mikroplastik in Produkten, wie Kosmetika und die Ausdehnung des Begriffes auf Plastik in flüssiger Form, da dieses genau so schädlich ist, wie in fester Form.
6. Jugend im Parlament fordert die finanzielle Ausweitung der Förderung des Gütertransportes auf Schienen, um den Reifenabrieb von Lastkraftwagen zu verringern.
7. * Jugend im Parlament fordert die Aufwertung jeglicher Klärwerke dahingehend, dass ein zusätzliches Filtersystem errichtet wird, sodass Mikroplastik herausgefiltert wird.
8. Jugend im Parlament fordert die Förderung von alternativen Verpackungsmaterialien, die biologisch abbaubar sind und deren Erforschung an Forschungsinstituten im Bundesland Bremen.
9. Jugend im Parlament fordert eine Aufklärung an Schulen und Unternehmen über Plastik in Form einer kreativen Unterrichtseinheit/Aufklärungskampagne.

* Die Bremer Landesregierung soll mit ihren Mitteln, zum Beispiel mit einer Bundesratsinitiative, dieser Forderung nachkommen.

Grüne Infrastruktur

Forderung:

1. Jugend im Parlament fordert eine Senkung des Schadstoffausstoßes und eine damit verbundene Verringerung der PKW-Dichte in den Innenstädten von Bremen und Bremerhaven.
2. Jugend im Parlament fordert bessere Alternativen zum Autofahren, um sich im Bundesland Bremen fortzubewegen.
3. Jugend im Parlament fordert eine sichere Umgebung für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen, um sich am Straßenverkehr zu beteiligen.

Problem:

Ein Problem von Bremen und Bremerhaven ist eine starke Umweltbelastung durch einen hohen Schadstoffausstoß, welcher von den vielen PKWs verursacht wird. Dieses Problem könnte durch eine stärkere Nutzung von alternativen Fortbewegungsmitteln, wie z. B. dem Fahrrad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln verringert werden. Jedoch gibt es zu wenig gute Möglichkeiten, sich sicher als Fahrradfahrer*in im Straßenverkehr fortzubewegen. Es ist oftmals günstiger für Personen sich mit dem PKW statt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fortzubewegen.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert eine Vergünstigung der öffentlichen Verkehrsmittel.
 - Diese Vergünstigung soll durch die eingenommenen Gelder einer City-Maut gestützt werden (siehe Resolution 4).
2. Jugend im Parlament fordert, dass sich das Bundesland Bremen auf Bundesebene einsetzt, höhere Bußgelder für Verkehrsdelikte zu verhängen. Ferner soll das Bundesland Bremen dafür sorgen, dass Verkehrsdelikte in diesem Zusammenhang stärker verfolgt werden.
3. Jugend im Parlament fordert, dass sich Bremen für eine Änderung bezüglich der Höchstgeschwindigkeit (von 50 km/h auf 30 km/h), innerhalb der Innenstadt, auf Bundesebene einsetzt.

4. Jugend im Parlament fordert ein Pilotprojekt, das eine City-Maut in der Bremer Innenstadt einführen soll. Dieser Versuch soll sich nach der Fahrzeugklasse und der Anzahl an Insassen richten. Anwohner*innen und Arbeitnehmer*innen zahlen durch Registrierung weniger.
5. Jugend im Parlament fordert eine Abgrenzung von Straßen und Fahrradwegen durch deutlichere Markierungen, wenn diese nicht vorhanden sind.
6. Jugend im Parlament fordert, dass neue Fahrradwege eine Mindestbreite von 1,5 m haben. Wo möglich sollen bestehende Fahrradwege ausgebessert werden.
7. Sollte Resolution 6 nicht erfüllt werden können, fordert Jugend im Parlament, dass diese Straßen in Fahrradstraßen umgewandelt werden sollen.
8. Jugend im Parlament fordert die Förderung von zusätzlichen Leihfahrradstationen in Bremen und Bremerhaven, damit Personen die Möglichkeit bekommen spontan und flexibel mit dem Fahrrad zu fahren. Die Fahrradstationen sollen dabei direkt an Knotenpunkte angebunden werden. Außerdem soll dafür gesorgt werden, dass diese Systemen miteinander kompatibel sind.

Waffenexport aus Bremen

Jugend im Parlament 2018 bekräftigt die Resolution zum Waffenexport aus Bremen von Jugend im Parlament 2016:

Forderung:

1. Jugend im Parlament fordert das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete und an Staaten, die die UN-Menschenrechtskonventionen nicht unterschrieben und/oder ratifiziert haben, auf deren Territorien ein bewaffneter Konflikt stattfindet oder die Kriegsparteien in einem bewaffneten Konflikt sind.
2. Jugend im Parlament fordert einen stärkeren Einsatz im Bundesrat für das Erreichen dieser Ziele.

Problem:

Jeden Tag werden tausende Kilogramm Munition aus Bremer Häfen in alle Welt verschifft. In Bremen haben mehrere große Waffenfirmen ihre Produktionssitze. Seit 2015 kommen hunderttausende Geflüchtete nach Deutschland und mehrere Tausende davon nach Bremen. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt und Zerstörung. Kriege, die mit Waffen aus den USA, der EU und auch aus Deutschland geführt werden. Deutschland trägt damit eine Teilverantwortung für die Fluchtursachen.

Resolution:

Daher fordert Jugend im Parlament das Verbot sämtlicher Rüstungsexporte in Krisengebiete, an Staaten, die nicht die UN-Menschenrechtskonventionen unterschrieben und ratifiziert haben oder die Kriegspartei in einem bewaffneten Konflikt sind. Außerdem muss sichergestellt sein, dass diese Staaten die gelieferten Waffen nicht weiter verkaufen. Wird der Weiterverkauf festgestellt, werden alle Waffenexporte an dieses Land eingestellt und Sanktionen verhängt. Nur so können wir effizient und direkt Fluchtursachen bekämpfen.

Wir fordern, dass der Bremer Senat und die Bremische Bürgerschaft sich für die Erreichung dieser Ziele auf Bundes- und Europaebene einsetzen.

IMPRESSUM

Bremische Bürgerschaft

Am Markt 20

28195 Bremen

Telefon: 0421 361-4555

Fax: 0421 361-12432

geschaeftsstelle@buergerschaft.bremen.de

www.bremische-buergerschaft.de

Herausgegeben von der Bremischen Bürgerschaft

Abteilung Informationsdienste

